

Drucksache II / Teil A

4. Tagung der 13. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
12. bis 15. November 2023
in Ulm

BERICHT

des
Rates der Evangelischen Kirche in
Deutschland

Teil A (mündlich)

Vorsitzende des Rates
Präses Dr. h.c. Annette Kurschus

- es gilt das gesprochene Wort -

Mündlicher Ratsbericht 2023

I. Die Solidaritätskundgebung am Brandenburger Tor: Wenn Worte fehlen und Schweigen unmöglich ist

Es ist eine verrückte Situation, hohe Synode, liebe Brüder und Schwestern, wenn man zum Reden eingeladen ist – und eigentlich keine Worte hat. Jedes Wort, das zu sagen wäre, erscheint falsch oder abgegriffen, jeder ausdrückliche Versuch zu verstehen fühlt sich anmaßend an und übergriffig. So ging ´s mir bei der Kundgebung in Berlin, zwei Wochen nach der Terrorattacke der Hamas am 7. Oktober dieses Jahres. Tausende haben sich in die Bundeshauptstadt aufgemacht, um ihrer Solidarität mit Israel Ausdruck zu verleihen. Am Brandenburger Tor ist eine riesige Bühne aufgebaut. Der Rabbiner, der gleich das Kaddisch beten wird, sitzt seit Beginn der Veranstaltung neben mir: Yitshak Ehrenberg. Er hält die Augen geschlossen und sein Gesicht in die Sonne, während zunächst der Bundespräsident redet, dann der israelische Botschafter, dann die Angehörigen von israelischen Geiseln. Eine junge Frau auf der Bühne hält bunte Luftballons in der Hand und stimmt leise „Happy Birthday“ an für Yarden, ihre Schwester, die in den Gazastreifen verschleppt wurde und heute, an ihrem Geburtstag, irgendwo in den Tunneln der Hamas sitzt. Zögerlich und unsicher stimmen immer mehr Menschen leise mit ein. Dieses Bild mit den Luftballons und den zittrigen Gesang der Menge werde ich so schnell nicht vergessen. Für mich war es ein Lobgesang auf das Leben – aller Angst und allen elenden Schreckensnachrichten zum Trotz.

Der Rabbiner neben mir ist unterdessen ganz Ohr – und doch in sich versunken. Er ist ganz da, hier und jetzt – und doch erkennbar woanders gegründet und festgemacht.

Seine kräftigen Arme halten ein dickes, zerlesenes Buch, in Leder gebunden, mit hebräischen Lettern darauf. Unzählige handschriftlich eng beschriebene Zettel stecken zwischen den Seiten. Als er auf die Bühne tritt, wird es still auf dem Platz. Und die Stille redet. Sie redet stumm und

eindringlich. Sie redet laut und kräftig. Sie redet, wie nur Stille zu reden vermag.

Die Worte, mit denen ich wenig später meine Rede beginnen will, lassen mich zögern. Darf ich mir diese Worte überhaupt zu eigen machen? Darf ich sie sagen, ausgerechnet hier und jetzt? Es sind nicht meine eigenen Worte, es sind Worte aus den Psalmen, dem Gebetsschatz Israels:

„Mein Herz ist wie zerschmolzenes Wachs. Mein Herz schmilzt vor Trauer und brennt vor Zorn. Und die Zunge klebt mir am Gaumen, wenn ich rede.“ (Psalm 22,15-16)

Mir scheint, dem Rabbiner huscht ein kurzes Lächeln über sein Gesicht, als er die vertrauten Worte hört. Diese Worte, die so ganz anders sind als die Sätze der Redner vor mir. Seltsam fremd. So anders und so fremd, dass die Menschenmenge unwillkürlich aufhorcht. Irritiert vielleicht.

Unterbrochen jedenfalls in dem, was sie erwartet haben, was vertraut und geläufig ist. Eine Kraft liegt in diesen fremden Worten, die nicht meine ist und die niemals unsere werden kann. Und die doch unmittelbar unter die Haut geht und in die Seele kriecht.

Danke an unsere jüdischen Geschwister für den Schatz ihrer Lieder und Gebete! Sie sind wohl deshalb so stark, weil sie den Anfechtungen, der Klage und der Not Ausdruck geben. Sie tragen, weil sie nicht *über* Gott reden, sondern *mit* Gott. Wir singen und beten die Psalmen nicht, weil wir so fest glauben. Sondern wir singen und beten sie, um eine Sprache zu finden und um glauben zu lernen.¹

Ich bin überzeugt, hohe Synode: Die Welt, in der wir leben, kommt ohne diese fremden, nahen Worte nicht aus. Die Gesellschaft ist nicht nur angewiesen auf unsere diakonischen Dienste, sie braucht nicht nur unsere sozialen Einrichtungen, unsere Kindergärten und Schulen. Die Welt braucht uns, weil wir Gott loben: singend und betend, klagend und fragend, vertrauend und hoffend. Die Welt braucht die Kraft, die durch das

¹ Bonhoeffer hat recht, wenn er sagt, dass der Psalter die große Schule des Gebets und des Glaubens ist (vgl. Bonhoeffer, Dietrich, *Gemeinsames Leben*, München 1980, 37).

Lob Gottes ins Leben kommt. Den Überschuss an Halt und Hoffnung und Gewissheit, der im Gotteslob schwingt und unser Tun beflügelt, bringt niemand in die Welt, wenn wir´s nicht tun.

Und mir scheint: Selten war die Hoffnung so kleinlaut und schwindsüchtig, selten waren unsere Gewissheiten so labil und zerbröselte wie in diesen Zeiten, da sich Krise an Krise reiht und Unheil auf Unheil türmt.

II. Gegen Antisemitismus und Rassismus: „Ja, und ...“ statt „Ja, aber ...“

Meron Mendel, der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, hat kürzlich ein Buch herausgebracht mit dem Titel: „Über Israel reden. Eine deutsche Debatte“. Er scherzt darin: „Israelis und Palästinenser haben einen ähnlichen Sinn für Humor. Wir schmunzeln gern über die Deutschen, eine Nation mit 80 Millionen Nahostexperten.“²

Ob Meron Mendel nach dem 7. Oktober noch schmunzeln kann, weiß ich nicht. Ich fürchte, es ist ihm vergangen.

Mich jedenfalls entsetzt, dass Menschen nach diesem Pogrom ausgelassen auf den Straßen tanzten und sangen und die grauenhaften Morde versüßten. Mich entsetzt, wie viele Intellektuelle auf der ganzen Welt sich klammheimlich freuten und ihren Beifall für die Hamas posteten; wie gedämpft die Erschütterung in unserer Gesellschaft ausfiel; wie schnell nassforsch verharmlosende Kontextualisierungen bei der Hand waren; wie unangefochten die üblichen Sprechblasen vorgetragen wurden. Als sei die Welt kaum berührt durch dieses Abschlachten von Jüdinnen und Juden.

Ich wiederhole, was ich dazu zu sagen habe:

Massenmord ist Gottlosigkeit!

Antisemitismus ist Gotteslästerung!

Es gibt keine Rechtfertigung für Judenhass.

Und jeder Versuch, das Massaker vom 7. Oktober zu relativieren, ist Antisemitismus. Jedes „Ja, aber“ verharmlost.

² Mendel, Meron, Über Israel reden. Eine deutsche Debatte, Köln 2023, 27.

Die Hamas ist keine Befreiungsbewegung. Sie ist eine antisemitische Terrororganisation, die jüdisches Leben austilgen will, wo immer es ihr begegnet. Und: Sie ist eine tödliche Geißel für die leidenden Menschen in Gaza.

Israel hat nach dem grauenhaften Massaker das Recht, sich zu verteidigen und seine Bevölkerung zu schützen. Es hat das Recht, die Bedrohung durch die Hamas zu bekämpfen. Es hat das Recht, die Geiseln aus der Gefangenschaft zu befreien. Das würden wir ohne Zögern jeder Nation zugestehen. Und: Das mindert in keiner Weise mein Entsetzen über das Leid, das die Menschen in Gaza erleben. So viele Verzweifelte, so viele Tote und Verwundete! Wir sehen ihr großes Elend. Wir sind untröstlich auch über ihr unfassbares Leid. Der Angriff der Hamas war ebenfalls ein Angriff auf die Palästinenserinnen und Palästinenser, christliche und muslimische, die sich für Frieden und Verständigung einsetzen. Es ist töricht, und darum mache ich dabei nicht mit, die Solidarität mit Israel und die Empathie für die palästinensischen Opfer in ein Entweder-Oder zu zwingen. Es bedeutet keine Entsolidarisierung mit Israel, wenn wir mit unseren christlichen Brüdern und Schwestern im Heiligen Land verbunden bleiben. Es ist keine Entsolidarisierung mit Israel, völkerrechtliches Augenmaß, humanitäre Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu fordern. Die politisch Handelnden müssen alles dafür tun, sichere Zonen und Zeiten zu schaffen und die Menschen mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Was in Israel und Gaza geschieht, verfolgen wir mit wachen Sinnen. Es darf unseren Blick jedoch nicht ablenken von dem, was hier bei uns vor sich geht. Unser kirchliches Augenmerk muss auf den vielfältigen Spielarten eines beängstigenden Antisemitismus hierzulande liegen; auf der Angst und der Trauer jüdischer Menschen in unseren Nachbarschaften. Sie dürfen nicht den Hauch eines Zweifels haben, dass sie auf die Kirchen zählen können. Auf allen Ebenen gibt es vertrauensvolle Kontakte, wir stehen Jüdinnen und Juden zur Seite und fragen sie, wie wir ihnen helfen

können. Darin dürfen wir nicht nachlassen, mehr noch, wir müssen nachlegen darin. Antisemitismus hat seine Wurzeln nicht bei den anderen, er blüht nicht nur in kleinen extremen Gruppen. Er kommt aus unserer christlichen Geschichte, er keimt auch in unserer Mitte, unter unseren Kirchenmitgliedern. Das ist weder schicksalhaft noch gottgegeben. Wir haben es nicht ernst genug genommen. Es lässt sich verändern. Lasst uns weiter dagegen arbeiten. Unbedingt.

Und: Lasst uns dabei dem antimuslimischen Ressentiment widerstehen! Auch das unbedingt. Ich habe nach meinen jüngsten Äußerungen zur Migration ungezählte Zuschriften bekommen, die sinngemäß lauten: „Sie wollen massenhaft Leute ins Land lassen, die hier gegen die Juden hetzen. Schämen Sie sich!“ So tarnt sich unverschämter Hass auf Muslime als Israelfreundlichkeit. In Wirklichkeit ist es purer Rassismus. Und unser Glaube drängt uns, dagegen sehr deutliche Worte zu sagen.

III. Migration: Ich lasse mir die Barmherzigkeit nicht ausreden

Überall dort, wo menschliche Grundrechte in Gefahr geraten, ist um des Evangeliums willen unser Einspruch gefordert. Wenn wir uns in die Fragen von Migration einmischen, dann wissen wir sehr genau, wovon wir reden. Das betone ich deshalb, weil uns realistische Erfahrung gelegentlich abgesprochen wird. Stattdessen hält man uns weltfremden und naiven Idealismus vor. Kirche und Diakonie haben sich seit 2015 und bereits zuvor intensiv und unermüdlich für geflüchtete Menschen engagiert, seit 2022 zusätzlich für diejenigen, die aus der Ukraine zu uns kommen: mit Sprachkursen im Gemeindezentrum und gemeindlichen Kleiderkammern; mit psychosozialer Beratung in Sammelunterkünften und einem bundesweiten zivilgesellschaftlichen Aufnahmeprogramm in Kooperation mit dem BamF; schließlich mit dem Kirchenasyl als ultima ratio der Intervention, wenn Leib und Leben einzelner in Gefahr sind. Man sage uns also bitte nicht, wir hätten keine Ahnung, wenn wir Humanität und

pragmatische Verbesserungen im Sinne der Menschen anregen und einfordern.

Wir wissen nicht nur, wovon wir reden – wir kennen viele von denen, über die neuerdings in einer Weise geredet wird, die mich zutiefst erschüttert. Das ist weder eine Nebensächlichlichkeit noch eine Geschmacksfrage. *Wie* wir etwas besprechen, *wie* wir es in Worte fassen, das macht etwas mit uns und mit der besprochenen Wirklichkeit. Worte prägen und schaffen Wirklichkeit, sagen uns Sprachwissenschaftler. „*Deine Sprache verrät dich*“, lesen wir im Evangelium. (Matthäus 26,73)

In perfider sprachlicher Verdrehung wird aus den Ertrinkenden die Flut gemacht und aus den Schiffbrüchigen die Welle, die angeblich *uns* überschwemme.

Beinahe unisono taucht das Wort Migrant*in mit dem Adjektiv illegal oder irregulär auf, obwohl fast 80% der Asylsuchenden einen legalen Schutzstatus erhalten. Es ist der fehlende politische Wille, legale und sichere Wege nach Europa zu schaffen, der die Menschen in Asylverfahren treibt, die nicht zu ihren Lebensgeschichten passen. Da wird – unbedacht oder bewusst grob – suggeriert, Geflüchtete machten Einheimischen die Gesundheitsvorsorge streitig. Da werden Islamismus und Antisemitismus pauschal mit der Begrenzung von Migration verknüpft, als stünden nicht Jahrzehnte vernachlässigter Integrations- und Religionspolitik in Deutschland hinter diesen Problemen. Teils verklausuliert, teils erschreckend offen wird dazu aufgerufen, wir müssten uns gegen die Not der Geflüchteten immunisieren. Weil Einsatz für die anderen auf Kosten unserer eigenen Leute gehe. All dies geschieht nicht nur vom rechten Rand, sondern aus der Mitte unserer Parteienlandschaft heraus. Und es findet sich, vergessen wir das nicht, auch unter unseren Kirchenmitgliedern. Aus den kritischen Stimmen, die mich im Blick auf meine Aussagen zur Migrationspolitik erreichen, entnehme ich: Es gelingt uns auch innerhalb unserer Kirche zu wenig, die sehr unterschiedlichen Erfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Gerade weil wir für die

Integration von Geflüchteten eintreten, müssen wir auch hören und ernstnehmen, wenn unseren Hochengagierten die Kraft und die Mittel ausgehen. Um ein Missverständnis auszuräumen: Ich bin keineswegs für eine unbegrenzte Zuwanderung, wohl aber gegen die Festlegung einer „Obergrenze“. Eine solche wäre weder mit der Verfassung noch mit EU-Recht vereinbar.

Ich halte es für unsere ebenso schlichte wie große christliche Pflicht, daran zu erinnern: Wer von Migration redet, redet von Menschen. Ich sehe in jedem Menschen ein Geschöpf Gottes, zu Gottes Ebenbild ins Leben gerufen. Ich höre Christus selbst, der sagt: „Was ihr einem von diesen tut, das tut ihr mir, und was ihr ihnen nicht tut, tut ihr mir nicht.“ (vgl. Matthäus 25,31ff.) Damit machen in unseren Einrichtungen und Gemeinden sehr Viele ernst – im Beruf, im Ehrenamt und in ungezählten Alltagsbegegnungen. Wir reden, wenn wir von Migration reden, von unverwechselbaren Einzelnen mit je eigener, unverlierbarer Würde. Wir reden von Lebensgeschichten voller Angst und Hoffnung, voller Vertrauen und Liebe. Diese Einsicht ist alles andere als naiv und weltfremd. Sie gehört zur Sachlichkeit, zum nötigen Pragmatismus und zur gebotenen Nüchternheit. Diese Einsicht gehört auch zur ehrlichen Suche nach Lösungen für Probleme, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Wir beteiligen uns bereits seit Jahren an Lösungen, aber wir werden niemals mitmachen, wo aus Angst vor weiteren Wahlerfolgen der AfD Scheinlösungen vorgetragen werden, die nichts austragen. Grenzkontrollen, Abschiebungen im großen Stil und ein paar Piesackereien, die Flüchtlingen das Leben schwerer machen sollen, lösen nichts, sie lösen lediglich noch mehr Ressentiments aus.

Da wird von „Zahlen“ gesprochen, die jetzt dringend „runter müssen“. Als ginge es um eine mittelschwere Matheaufgabe. Wer von Migration redet, redet von Menschen und damit letztlich auch von sich selbst, vom eigenen christlichen oder humanistischen Menschenbild und davon, wie ernst es ihm oder ihr damit ist. Ich jedenfalls lasse mir die Barmherzigkeit nicht ausreden und werde andere weiterhin an die Barmherzigkeit erinnern.

Der Streit um die Migration, so heißt es oft, sei ein Streit zwischen Idealisten und Realisten: Die Idealisten wollen aller Welt helfen, die Realisten sehen ein, dass dies (leider) nicht geht. Dagegen halte ich die Frage: Wie realistisch ist eigentlich die Vorstellung, wir könnten uns die Wirklichkeit einer Welt, die lichterloh brennt angesichts globaler Konflikte und Kriege und einer sich zuspitzenden Klimakatastrophe, effektiv vom Halse halten?

Wie realistisch ist der Gedanke, wir könnten unsere eigene Humanität, unsere Freiheit und Rechtsstaatlichkeit behalten, wenn wir die Würde anderer Menschen verletzen? Sollen die Grundrechte zu einer Art Luxus verkommen, den man sich eben nicht jederzeit leisten kann?

Wohl gemerkt: Mir ist sehr bewusst und ich nehme sehr ernst, dass derzeit viele – keineswegs alle – Kommunen an Grenzen stoßen hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten. Und ich weiß auch, dass vielerorts den Kommunen Geld, Personal, Planstellen und Plätze fehlen. Ich habe höchsten Respekt vor allen, die in Behörden und Ämtern, in Kitas und Schulen und im Ehrenamt mit Fantasie und Pragmatismus und Menschenfreundlichkeit das Beste aus dieser angespannten Situation machen. Sie haben nicht verdient, dass ihre Arbeit notorisch als Kontrollverlust verunglimpft wird!

Und schließlich gilt auch: Zuwanderung muss demokratieverträglich gestaltet werden. Aber just dies kann nicht heißen, große Lösungen vorzuspiegeln, die weder groß noch *wirkliche* Lösungen sind. Und es kann auch nicht heißen, eine Rhetorik zu pflegen, die konsequente Härte vorführen will, aber stattdessen nichts als Angst verbreitet und Misstrauen schürt.

IV. Klimawandel und soziale Gerechtigkeit: Mit apokalyptischem Ernst und unaufgeregter Zuversicht

Das gesellschaftliche Klima in der Klimadebatte ist so überhitzt wie das Klima selbst. Ein großes Wort, das immer wieder eingespeist wird in den Streit, ist ein buchstäblich höllenheißes: „Apokalypse“. Die Apokalypse wird beschworen, um Panik zu machen, wo es dran wäre, unaufgeregter und konsequent weiterzugehen. Umgekehrt wird gedankenlos weitermarschiert nach dem Motto: „Wir lassen uns doch von den Apokalyptikern nicht beeindrucken!“, wo es unbedingt heißen müsste: „Stopp, umkehren!“.

Erlauben Sie mir deshalb ein paar Worte über die viel beschworene und viel gescholtene Apokalyptik. Wer, wenn nicht wir, ist auskunftsfähig zu diesem Thema?! Die biblische Apokalyptik ist Protest- und Hoffnungsrede im Angesicht einer Welt, in der alles ins Chaos zu stürzen scheint. Sie öffnet schonungslos den Blick auf die Welt, wie sie ist. Mit all ihren Schrecken und Hässlichkeiten und Abgründen. Und sie öffnet noch mehr: Sie deckt Ursachen und Verantwortlichkeiten auf. Sie erlaubt uns nicht, die Katastrophen aufs Wetter zu schieben und die Rasereien aufs Schicksal. Sie erlaubt uns nicht, Seuchen, Krieg und Inflation als den Lauf der Welt zu betrachten. Sie ist Aufklärung mit anderen Mitteln, zum Beispiel mit dem Mittel der Überblendung. Dieses Mittel setzt sie ein, bis es wehtut.

Die biblische Apokalyptik stellt in verstörend grelles Licht, was passiert, wenn wir einfach so weitermachen wie bisher. Johannes, der Seher auf Patmos, beschreibt dies in einer wilden, farbigen, leidenschaftlichen Bildsprache. Die biblische Apokalyptik ist der ebenso starke wie verzweifelte Protest: Das darf doch nicht wahr sein! Und sie ist der laute Schrei der Leidenden: Wie lange?! Sie rufen nach Gerechtigkeit. Und sie glauben: Gott selbst wird das Böse und die Bösen richten. Dabei muten die apokalyptischen Schriften der Bibel uns den grausamen Realismus zu, dass beim Kampf gegen das rasende Unheil auch Unschuldige getötet werden. Nicht, weil Gott sie umbringen will, sondern weil sie in den

Kämpfen der unerlösten Welt unter die Räder kommen. Es geht eben nicht so glatt auf, dass die Guten belohnt und die Bösen bestraft werden, die Unschuldigen davonkommen und die Schuldigen büßen. Oft genug ist es umgekehrt.

Ein paar Zahlen dazu: Die reichsten zehn Prozent in den reichen Ländern verursachen jährlich nahezu die Hälfte der klimaschädlichen Emissionen; die ärmere Hälfte verursacht nur gut ein Zehntel der Emissionen. Das reichste Prozent emittiert 26 % Schadstoffe mehr als vor 30 Jahren. Aber diese Reichen sind diejenigen, die von den Folgen des Klimawandels am allerwenigsten betroffen sind. Solche Zahlen zeugen von apokalyptischer Ungerechtigkeit.

Darum reden wir von Klimagerechtigkeit. In dem Wort steckt die Einsicht: „Ökologische Großgefahren wie die des Klimawandels betreffen alle, aber eben nicht alle in gleicher Weise. Und sie machen auch nicht alle gleich. Im Gegenteil, der Klimawandel verstärkt und schafft neue Ungleichheiten. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen zusammengedacht werden, denn das eine ist nicht ohne das andere zu haben.“ So hat es der Jenaer Soziologe Klaus Dörre kürzlich bei einer Kooperationsveranstaltung der westfälischen und der rheinischen Landeskirche auf den Punkt gebracht. Sein Fazit lautet: Ökologische Nachhaltigkeit geht nicht ohne soziale Gerechtigkeit. Es ist eine Illusion zu meinen, die Menschen müssten nur genügend ökologisch aufgeklärt und moralisch angefasst werden, dann seien sie zu den notwendigen Veränderungen bereit. Ein solches Denken blamiert sich vor den sozialen Realitäten.

Die ökologische Krise ist sowohl von ihren Ursachen her als auch in ihren Folgen ein Problem sozialer Gerechtigkeit. Es ist nicht nur gerecht, sondern auch klug, beides zusammenzudenken, regional und global – mit apokalyptischem Ernst und unaufgeregter Zuversicht.

Der Rechtsextremismus verfügt weder über das eine noch über das andere. Wo Ernst angesagt wäre, verharmlost er. Wo Zuversicht nötig ist, schürt er Angst. Arbeiter und Arbeitslose wählen öfter AfD als Menschen

ohne materielle Sorgen. Das ist die eine Wahrheit. Die andere Wahrheit muss man allerdings danebenlegen: Arbeiter und Arbeitslose machen nur ein Viertel der AfD-Gesamtwählerschaft aus, während die übrigen drei Viertel auf Angestellte, Beamte und Selbstständige entfallen.³ Diese Gruppe erlebt gegenwärtig, wie rasant die Institutionen der elementaren Daseinsvorsorge ins Trudeln geraten. Die Betreuung der Kinder ist nicht mehr verlässlich gewährleistet. Die Pflege alter Menschen lässt immer mehr zu wünschen übrig. Man bekommt nur schwer Arzt-, geschweige denn Untersuchungstermine. In den Schulen bröseln die Gebäude, die personelle Ausstattung wird immer löchriger. Und das Wohnen wird für viele so unerschwinglich, dass eine Zweizimmerwohnung zum Wolkenkuckucksheim wird. Vertrauensverlust und Angst vor der Zukunft sind Futter für die Rechten. Erst recht, wenn parallel das berechnete Gefühl zunimmt, es gehe ungerecht zu.

Das alles, hohe Synode, ist brandgefährlich! Darum weiß die Bibel; in ihren Weisheitsschriften findet sich die Einsicht: „*Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben*“ (Sprüche 14,34). Mit einer Gesellschaft, in der die Zweifel wabern, ob Gerechtigkeit überhaupt noch eine orientierende Rolle spielt, ist schwer Demokratie zu machen, geschweige denn eine ökologische Transformation. In einer solchen Gesellschaft machen sich Misstrauen und Hass breit, und die verderben das Gemeinwesen und den Gemeinsinn. Darum wiederhole ich, was nicht oft genug gesagt werden kann: Gerechtigkeitsfragen sind materielle Verteilungsfragen; und wenn es um Verteilung geht, müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Das ist eine tiefe christliche Überzeugung.

In diesem Sommer war ich stolz auf unsere Diakonie, als sie sich angesichts leerer staatlicher Kassen eine Unverschämtheit

³ <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/#node-content-title-1> (letzter Abruf 8.11.2023).

herausgenommen hat – verschämt kommt man eben nicht weiter – und 20 Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung forderte. Die Diakonie hat sich nicht beeindrucken lassen vom politischen Ehrgeiz der schwarzen Null. In meinen Augen ist das keine Unvernunft, sondern angewandte Demokratie. Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, muss unsere Kirche eine laute Stimme im demokratischen Diskurs sein – denn einkommensschwache Familien haben selbst nur eine leise Stimme oder gar keine. Fast drei Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut betroffen oder bedroht. Drei Millionen! Seit Jahrzehnten sprechen wir von der eklatanten Kinderarmut, die die jungen Leben schädigt und die zugleich ein volkswirtschaftlicher und – wohlgemerkt! - ein klimapolitischer Wahnsinn ist. Wann immer das Thema aufkommt, werden gern die armen Eltern diffamiert. Zusätzliches Geld fließe in Alkohol, Zigaretten und Elektronikschnickschnack, heißt es. Dies ist eine boshafte Unwahrheit. Studien belegen, dass Familien zusätzliches Geld vom Staat für ihre Kinder ausgeben. „Die wenigen Ausnahmefälle, bei denen das Geld nicht bei den Kindern ankommt, dürfen nicht als Maßstab für alle Familien genommen werden.“⁴

Im letzten Winter haben wir zusammen mit der Diakonie den *#wärmewinter* ausgerufen. Gemeinsam haben wir nicht nur Räume geöffnet; es gingen auch Beratungsangebote an den Start. Solche Angebote werden nötig bleiben, ja sogar ausgebaut werden müssen. In Wärmestuben und Suppenküchen und bei den Tafeln wird akute Nothilfe geleistet, pragmatische Abhilfe von größtem Elend. Das ist großartig und wichtig, aber dadurch entsteht noch keine Gerechtigkeit.

Gepolter gegen „die Eliten“, wohlfeiles Reichenbashing oder Verhöhnung von Leistung sind meine Sache nicht. Die Propheten der Bibel – ein Micha ebenso wie ein Amos und ein Jesaja – haben die Reichen nicht wegen ihres Reichtums angeklagt. Sie haben nicht den Reichtum als solchen

⁴ <https://www.ekd.de/diakonie-pocht-auf-kindergrundsicherung-78743.htm> (letzter Abruf: 8.11.2023).

beschimpft, sondern sie kritisieren die Reichen und deren Reichtum dort, wo er die Gemeinschaft auseinanderreißt und die Welt aus den Fugen treibt. *„Weh denen, die ein Haus zum andern bringen und einen Acker an den andern rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen!“*, prangert etwa Jesaja an (Jesaja 5,8). Mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen, greift zu kurz. Unser kapitalgetriebenes und gewinnorientiertes Wirtschaftssystem ist in seiner ungezügelten Form ein Raubtier geworden. Es frisst Menschenleben und Gesellschaften, Böden und unsere Lebensgrundlagen. Dieses Raubtier muss gezähmt, reglementiert und eingehegt werden – nicht zuletzt um seiner selbst willen. Sonst zerstört es am Ende seine eigenen Grundlagen – so wie jemand, der immer innovativer und immer effektiver an dem Ast sägt, auf dem er selber sitzt.

Das ist groß gedacht, ich weiß. Die Offenbarung des Johannes gibt kräftiges Zeugnis von einer globalen, ja einer himmelweiten Hoffnung für diese Welt und über sie hinaus. Leid und Unheil werden nicht endlos sein. Nicht zufällig hat die Schöpfungsgeschichte am Anfang der Bibel ihren Platz gefunden und die Apokalypse an deren Ende. Auf das tiefe Vertrauen in einen guten Anfang und ein gutes Ende zielt die gesamte Heilige Schrift.

V. Demokratie: Allein durch die Kraft des Arguments

Heute auf den Tag genau vor neunzig Jahren machte unser Land einen verderblichen Schritt auf dem Weg in das Antiprogramm zum verheißenen Reich Gottes.

Am 12. November 1933 gehen die Deutschen zur Wahl und stimmen über Hitlers größtenwahnsinnige und dämonische Verheißung eines tausendjährigen Reichs ab. Es ist eine „Wahl“, die nach Monaten der Entrechtung und der Gewalt stattfindet. Zugelassen ist lediglich eine Einheitsliste. Die Deutschen sind aufgerufen, den Reichstag zu wählen und zugleich abzustimmen über den von Hitler bereits erklärten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Es ist eine Wahl, die keine Wahl ist,

eine Wahlsimulation. 88 Schriftsteller haben damals Hitler das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ erklärt. Am Tag vor der Wahl legen zahlreiche hochrangige deutsche Gelehrte ein „Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler“ ab. Auf hochhaushohen Wahlplakaten ist zu lesen: ein Volk, ein Führer, ein ‚Ja‘.

Heute, neunzig Jahre später, wackelt die über Jahrzehnte gewachsene Gewissheit, dass solch völkischer und nationalistischer Wahn niemals wieder an die Macht kommt – nicht in Deutschland und nicht in Europa. Die alten und jungen Demokratien in den USA und in Europa wehren sich gegen Großsprecher, die sich als Volkstribune gerieren, von Vogelschissen in der Geschichte schwadronieren und versprechen, ihr Land wieder „great again“ zu machen. Diese Redner gewinnen Stimmen, indem sie unsägliche Worte sagen und sagbar machen – und sich im selben Atemzug darüber beschweren, sie dürften die angeblich nötigen Worte nicht sagen.

Die Freiheit zu reden ist das Lebenselixier der Demokratie. Doch die Freiheit der Rede ist nicht grenzenlos. Wo Menschen diffamiert und herabgewürdigt werden, wo sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigt, ist die Grenze erreicht. Hier ist in aller Deutlichkeit klarzustellen: So geht es nicht, menschenverachtende Worte und Positionen haben keinen Platz in einer Demokratie. Mich erschreckt, wie viele Wählerinnen und Wähler in Deutschland mit ihrer Stimme diejenigen unterstützen, die unsere Demokratie unterhöheln. Wohl wissend, dass die Mehrheit anders denkt, maßen sich diese Verächter an, für „das Volk“ zu sprechen. Von ihren Sitzen im Parlament aus schimpfen sie auf „die da oben“ und kraftmeiern, sie würden „den Eliten“ die Macht entwenden und sie dem Volk zurückgeben.

Eine unserer kirchlichen Bekenntnisschriften, die Confessio Augustana, formuliert für die Macht des kirchlichen Leitungsamtes: „*sine vi, sed verbo*“ – ohne Gewalt, sondern allein durch das überzeugende Wort, durch das Argument. (CA XXVIII) Das gilt nicht nur für die Leitung in der Kirche, das gilt auch für die Demokratie. Die Demokratie setzt nicht auf die

schiere Macht der zahlenmäßigen Mehrheit. Eine Mehrheit muss sich vielmehr ausweisen können durch überzeugende Argumente, die mehr sind als bloße Statements und erst recht anders als ideologisch zugespitzte Agitation. Und sie muss die Rechte der Minderheiten achten. Ich halte es für unsere christliche Aufgabe, für einen sachlichen Ton in der demokratischen Auseinandersetzung einzutreten – auch und gerade dort, wo wir kirchlicherseits Positionen beziehen und Fragen der gesellschaftlichen Meinungsbildung begleiten.

Es gilt, die Argumente sorgsam zu wägen. Auch der oder die mit einer ganz anderen Meinung oder Perspektive könnte im Recht sein. Unablässig ist selbstkritisch zu prüfen, ob die eigene Sicht der Dinge angemessen ist. Unsere Kirche kann und soll ein Ort sein, an dem wir einander zuhören und ernstnehmen, an dem beispielhaft ausgelotet wird, wo die stärkeren und besseren Argumente liegen.

Ich halte das gemeinsame Lernen für eine wichtige Spur in der Nachfolge Jesu. In dieser Nachfolge kann es zu unterschiedlichen Einsichten und Entscheidungen kommen. Das buchstabieren wir seit dem russischen Überfall auf die Ukraine erneut besonders intensiv in der komplexen Frage der Friedensethik.

In ähnlich kontroverser Weise diskutieren wir aktuell in einer thematisch ganz anderen Frage: Wir ringen um eine verantwortliche, christlich gegründete Position, wenn es um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs geht. Dazu haben wir eine Kommission auf den Weg gebracht, in der Argumente ausgetauscht und einer insbesondere innerkirchlich konsensfähigen Meinungsbildung zugeführt werden sollen.

Was wir als evangelische Kirche zur demokratischen Kultur beizutragen haben, geht über das Einüben und Ausloten von Argumenten hinaus. Mit Worten unserer eigenen Tradition ausgedrückt: Zum evangelischen Schriftprinzip gehört die Überzeugung, dass die Heilige Schrift sich selbst auslegt und jede Christin und jeder Christ in der Lage ist, dies bei

sorgfältiger Lektüre zu erkennen. Ins Politische gewendet: Argumente, die wirkliche Argumente sind und nicht als bloße Meinungen oder Statements vorgetragen werden, haben eine Kraft aus sich heraus. Sie sind nicht davon abhängig, wer sie vorbringt. Diese theologische Einsicht müssen wir heute stärker denn je betonen.

Die demokratische Kultur lebt davon, dass den gewählten Vertreterinnen und Vertretern das Recht zugebilligt wird, stellvertretend für andere zu entscheiden, zu sprechen und zu handeln. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter können zur Rechenschaft gezogen werden, sie müssen Verantwortung übernehmen für ihre Entscheidungen. Repräsentative Demokratie ist ein anspruchsvolles Projekt.

Sie hat drei Voraussetzungen: Vertrauen. Vertrauen. Und Vertrauen.

VI. Vertrauenskrise und KMU VI: Vertrauen mit hellwachen Sinnen

Von „blindem Vertrauen“ und „gesundem Misstrauen“ spricht der Volksmund. Wofür also soll Vertrauen gut sein? Steht es für ein Übermaß weltfremder Naivität? Ist es ein Feigenblatt, die Scham zukunftsverlegener Ratlosigkeit zu überspielen?

„Vertrauen wagen“ singen ganze Gruppen von Jugendlichen, die auf ihre Konfirmation zugehen – im Raum einer Kirche, von der es heißt, sie befinde sich in einer Vertrauenskrise. Ist mit der Vertrauenskrise das Verhältnis von Kirche und Vertrauen auf den Begriff gebracht?

Unzählige Menschen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind und innerhalb unserer Kirche am eigenen Leib und an eigener Seele unfassbares Unrecht erfahren haben, können das vielleicht tatsächlich nur so sagen.

Und wenn sie es sagen können, wenn sie es schaffen und wagen, Worte zu suchen und sprachfähig zu werden für die Verbrechen, die ihnen

angetan wurden, dann ist das schon viel. Wie gut, dass es immer mehr schaffen und wagen.

Wir setzen weiterhin alles daran, betroffene Personen zu unterstützen sowie geschehene Verbrechen konsequent aufzuklären und aufzuarbeiten; gleichzeitig werden umfassende Präventionsmaßnahmen auf sämtlichen Ebenen von Kirche und Diakonie umgesetzt.

Die Synode der EKD hat im Jahr 2018 im Rahmen eines 11-Punkte-Handlungsplans beschlossen, eine externe und unabhängige wissenschaftliche Gesamtstudie in Auftrag zu geben, die die systemisch bedingten Risikofaktoren innerhalb der evangelischen Kirche und der Diakonie analysiert.

Die Ergebnisse dieser ForuM-Studie sollen Ende Januar des kommenden Jahres veröffentlicht werden. Unsere Kirche wird sich das ganze Jahr 2024 in unterschiedlichsten Gremien mit den Ergebnissen beschäftigen, sowohl regional in den einzelnen Landeskirchen als auch zentral bei der EKD, koordiniert durch das Beteiligungsforum. Im November 2024, das ist der Plan, werden der EKD-Synode Vorschläge für konkrete Maßnahmen vorliegen.

Im Spätsommer dieses Jahres habe ich als Gast das Beteiligungsforum einen Tag lang bei der Arbeit erlebt – und war tief beeindruckt. Wie offen und klar die Mitglieder dieses Gremiums miteinander reden, wie feinfühlig sie einander wahrnehmen, wie aufmerksam sie einander achten und wie sorgsam und professionell sie entscheiden, was zu entscheiden ist: Das hat meinen größten Respekt.

Viele der Mitglieder, auch Betroffenenvertreter*innen, sind hier in Ulm unsere Gäste. Es ist gut und wichtig, dass Sie hier sind. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Auf die Ergebnisse der ForuM-Studie warten wir noch, die Ergebnisse einer weiteren Studie werden am Dienstag präsentiert: Ich spreche von der sechsten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung. Sie zeichnet zum Verhältnis von Kirche und Vertrauen ein facettenreiches Bild.

Die Fakten, die diese Untersuchung zutage fördert, zeigen ernüchternd deutlich: Das Vertrauen in Institutionen sinkt – quer durch alle Bevölkerungsschichten.

Wenn sich eine Organisation fragt, welche Altersschichten sie für ihre Sache gewinnen will und also für sie Vertrauen herstellen möchte, dann muss sie wissen: Die jüngsten und die ältesten Menschen fassen schneller Vertrauen als die Gruppe der 25- bis 49-Jährigen. Diese mittlere Altersgruppe ist die anspruchsvollste Alterskohorte, wenn es etwa für uns darum geht, Vertrauen zu gewinnen oder verlorenes Vertrauen wieder neu aufzubauen.

Was machen wir mit dieser Erkenntnis, wie sollen wir darauf reagieren? Für mich ist sonnenklar: Wir müssen uns verändern, reformieren und konzentrieren. *Was* wir sagen und *wie* wir es sagen, das sollte möglichst wenig institutionell daherkommen. Pausbäckige Verlautbarungen und kluge Richtigkeiten führen uns nicht weiter. Konkret gesagt: Es reicht nicht, von der Solidarität mit jüdischen Menschen zu reden, sondern wir müssen hingehen, miteinander sprechen, die Sorgen teilen.

Und bei alledem muss klar sein: Vertrauen ist evangelisch verstanden das glatte Gegenteil vom sprichwörtlichen „blinden Vertrauen“. Es hat vielmehr mit Offenheit und Transparenz zu tun, mit Respekt und hellwachen Sinnen. Damit, dass ich als Person angesehen bin und Ansehen genieße.

Vertrauen kann nur da entstehen, wo innere Überzeugung, Leidenschaft für die Menschen und ihre tiefen Fragen des Lebens und glaubwürdige Kundigkeit zusammenkommen.

Je mehr ich von etwas oder jemandem weiß, desto stärker vertraue ich. Es ist deshalb aus theologischer Perspektive schlichtweg falsch, Vertrauen einzufordern, wo Informationen fehlen. Wir müssen eintreten für ein

aufgeklärtes Vertrauen, das über Gott und die Welt im Bilde ist und stets neu ins Bild setzt.

Menschen, die zur Kirche gehören; Menschen, die von sich sagen „Ich glaube an Gott“, fassen generell mehr Vertrauen – sei es in Organisationen, sei es in einzelne Menschen. Anscheinend produziert der Glaube so etwas wie einen stärkenden Vertrauensvorschuss, bildet eine Art Vertrauensbank fürs Leben.

Martin Luther war davon durchdrungen, dass Vertrauen und Gott intim miteinander zu tun haben. In seiner Erklärung zum ersten Gebot führt er aus: „... ein Gott haben“ ist „nichts anders ..., denn ihm von Herzen trauen und gläuben.“ Plastisch führt Luther aus, was Vertrauen bzw. einen Gott haben heißt: „Ein Gott heißet das, dazu man sich versehen soll alles Guten und Zuflucht haben in allen Nöten“.

Und nun liegt alles daran, dass dieses Gegenüber, das Gott heißt, sich auch als verlässlich erweist. Vertrauen ist ohne die entsprechende Zuverlässigkeit des Gegenübers nicht zu denken. Mit der Zuverlässigkeit des Gegenübers steht der Glaube, ja die glaubende Person selbst auf dem Spiel.

Luther fährt fort: „das Trauen und Gläuben des Herzens machet beide, Gott und Abegott. Ist der Glaube und Vertrauen recht, so ist auch Dein Gott recht, und wiederümb, wo das Vertrauen falsch und unrecht ist, da ist auch der rechte Gott nicht ... Worauf Du nu (sage ich), Dein Herz hängest, das ist eigentlich Dein Gott.“ (Erklärung zum 1. Gebot im Großen Katechismus)

Aufgeklärtes Vertrauen braucht Zeit und muss sich Zeit nehmen. Nur eine Kirche, die sich selbst Zeit nimmt und mit ihrem kirchlichen Leben Menschen Zeit einräumt, Vertrauen in Gott zu fassen, hat begriffen, worin der Kern ihrer Aufgabe liegt. Frühkindliche geistliche Erfahrungen, Bildungserlebnisse, eine sorgfältig gestaltete Arbeit mit Konfirmand*innen

sind für fast alle Befragten die zentralen Schlüsselerlebnisse für ihre Kirchenbindung. Es sind Inseln, die sie darin stärken, Vertrauen in Gott zu fassen – und bei allem Grauen der Welt auch Vertrauen in ihre Mitmenschen zu wagen.

Lasst uns solche Inseln größer machen, liebe Synodale. Mir schwebt eine Art Vertrauenslandgewinnung vor. Dazu braucht es zuallererst unser eigenes Vertrauen in die göttliche Kraft, die uns trägt. Sie ist in uns und durch uns mächtig, diese Kraft, in Worten und Taten, im Ausprobieren und Versuchen, im Tun und im Lassen – und in der Gewissheit: Es wird um Gottes und der Menschen willen nicht vergeblich sein.